



2016

Gesundheitsökonomische Indikatoren für Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION



LANDESGESUNDHEITSKONFERENZ
BADEN-WÜRTTEMBERG



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Gesundheitsökonomische Indikatoren für Baden-Württemberg

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Artikel-Nr.

8062 16001

Collage

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2016

© Kartengrundlage

GfK GeoMarketing GmbH

Karten erstellt mit RegioGraph

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

2016

Gesundheitsökonomische
Indikatoren
für Baden-Württemberg

Vorbemerkung

Die öffentliche Wahrnehmung des Gesundheitssektors hat sich zuletzt deutlich gewandelt. Neben den Kosten der Gesundheitsversorgung ist zunehmend auch ihre Bedeutung als Wirtschaftsfaktor stärker in den Vordergrund gerückt. Zwar werden die Alterung der Bevölkerung, aber auch Faktoren wie der medizinische Fortschritt und ein steigendes Gesundheitsbewusstsein, die Gesundheitsausgaben vermutlich weiter steigen lassen. Dies eröffnet aber auch erhebliche Wachstums- und Beschäftigungspotenziale in dieser Branche. Mithilfe des Quantifizierungsansatzes der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) können nun erstmals auch Daten zur Brutto-

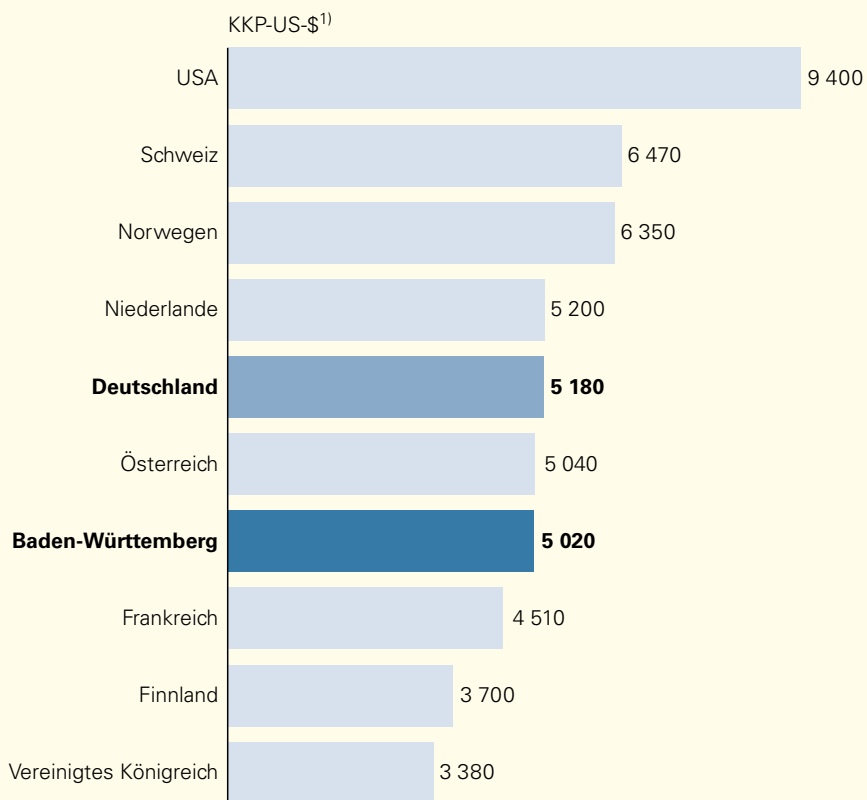
wertschöpfung und Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft Baden-Württembergs bereitgestellt werden.

Die Gesundheitsausgaben und das Gesundheitspersonal werden auch weiterhin von der AG berechnet. Die Rechenwerke orientieren sich an dem vom Statistischen Bundesamt, nach OECD-Methoden, entwickelten Instrumentarium. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg legt im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg mit dieser Broschüre eine Aktualisierung dieser Indikatoren vor.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Im Land werden je Einwohner 3 920 Euro für Gesundheit aufgewandt	7
Gesundheitsausgaben entsprechen knapp 10 % der Wirtschaftsleistung	9
Gesundheitsausgabenquote ist seit 2000 um über 1 Prozentpunkt gestiegen	11
Das Ausgabenvolumen der gesetzlichen Krankenversicherungen beläuft sich auf 23,4 Mrd. Euro	13
Ausgabenanteil der privaten Ausgabenträger bei knapp 26 %	15
Ausgabenanteil der gesetzlichen Krankenversicherung nimmt leicht zu	17
Ein gutes Drittel der GKV-Ausgaben fließt in die Krankenhaus- behandlung	19
Der Gesundheitssektor in Baden-Württemberg wächst stetig	21
Ambulanter Bereich mit größtem Beschäftigungszuwachs im Gesundheitssektor	23
Überdurchschnittliche Entwicklung der Gesundheitswirtschaft	25
Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft bei 38,3 Mrd. Euro	27
762 000 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft Baden-Württembergs	29
Gesundheitssektor ist der beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig im Land	31
In den meisten Kreisen ist der Gesundheitssektor die größte Branche	33
Gesundheitswesen in vielen Kreisen das Rückgrat des Gesundheitssektors	35
Unterschiedliche Beschäftigungsanteile des Gesundheitssektors in den Stadt- und Landkreisen	37
Erläuterungen	39

Gesundheitsausgaben je Einwohner für ausgewählte Länder 2014



1) Kaufkraftparitäten in US-\$.
Datenquelle: WHO.

Im Land werden je Einwohner 3 920 Euro für Gesundheit aufgewandt

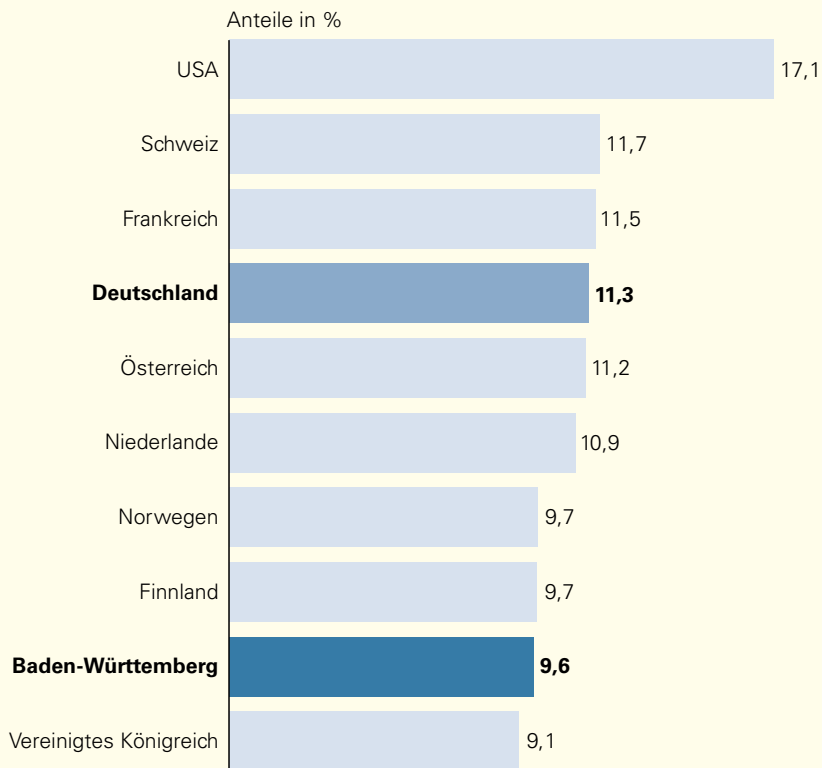
🐾 Im Jahr 2014 wurden in Baden-Württemberg knapp 41,9 Mrd. Euro für gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen ausgegeben. Auf jeden Einwohner des Landes entfielen damit durchschnittliche Gesundheitsausgaben in Höhe von 3 920 Euro (5 020 KKP-US-\$). Dieser Wert liegt um rund 130 Euro unter den gesundheitsbezogenen Pro-Kopf-Ausgaben für Deutschland, was unter anderem auf die unterschiedliche demografische Entwicklung in Baden-Württemberg zurückzuführen sein dürfte.

Im internationalen Vergleich zeigen sich beträchtliche Unterschiede bei den bevölkerungsbezogenen Gesundheitsausgaben (in Kaufkraftparitäten). Insbesondere in den

USA, aber auch in der Schweiz und in Norwegen, wird je Einwohner erheblich mehr für Gesundheit ausgegeben als in Baden-Württemberg oder Deutschland. Dabei muss die Gesundheitsversorgung in diesen Ländern nicht generell besser sein. Gerade in den USA dürften starke Wettbewerbsdefizite auf den Märkten für Gesundheitsleistungen und bei den Krankenversicherungen dazu führen, dass die Leistungen häufig übersteuert sind.



Gesundheitsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt für ausgewählte Länder 2014*)



*) In jeweiligen Preisen.

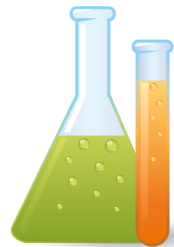
Datenquelle: WHO.

Gesundheitsausgaben entsprechen knapp 10 % der Wirtschaftsleistung

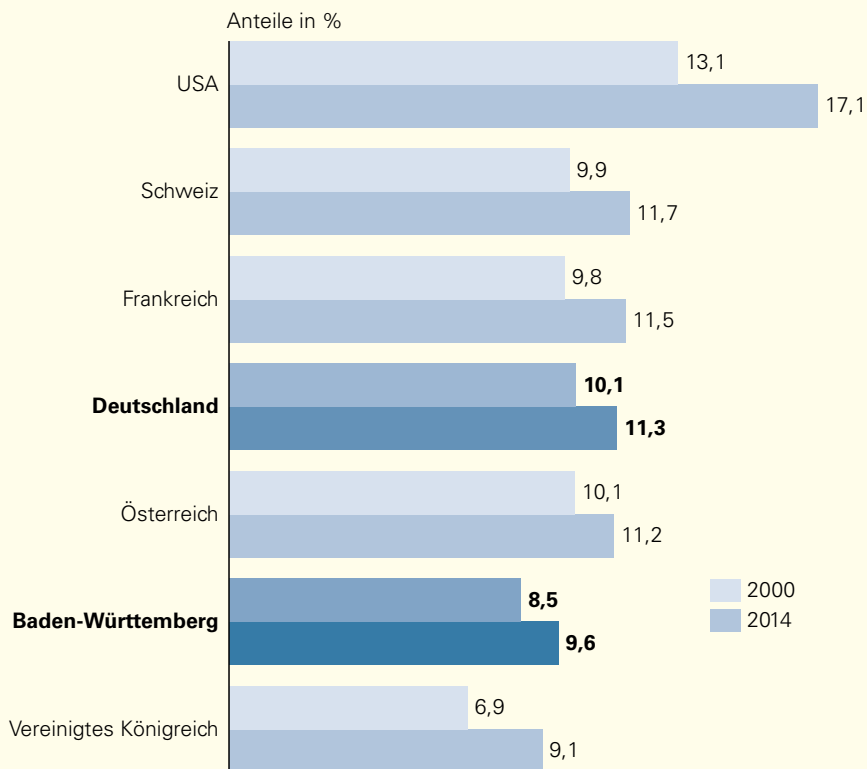
🦊 Ob die Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg nun hoch oder niedrig sind, lässt sich am besten anhand der Gesundheitsausgabenquote beurteilen, das ist die Relation zwischen dem Gesamtvolumen der Gesundheitsausgaben und der Wirtschaftsleistung, also dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sie gibt an, welcher Teil der finanziellen Ressourcen eines Landes für Gesundheit ausgegeben wird – vergleichbar mit dem Teil des Einkommens, den ein Haushalt für Gesundheit aufwendet.

Die Gesundheitsausgabenquote Baden-Württembergs belief sich im Jahr 2014 auf annähernd 10 %. Sie war damit aber immer noch um fast 2 Prozentpunkte niedriger

als der Wert für Deutschland. In erster Linie dürfte das an der im Vergleich zum Bund überdurchschnittlichen Arbeitsproduktivität und der unterdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg liegen. Im internationalen Vergleich tritt erneut die USA mit großem Abstand hervor. Die US-Amerikaner wenden einen bedeutend höheren Teil ihres Einkommens für Gesundheitsleistungen auf als die Einwohner der meisten anderen Industrieländer.




Gesundheitsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt*) für ausgewählte Länder 2000 und 2014



*) In jeweiligen Preisen.

Datenquelle: WHO.

Gesundheitsausgabenquote ist seit 2000 um über 1 Prozentpunkt gestiegen

 In Baden-Württemberg lag die Gesundheitsausgabenquote 2014 1,1 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2000. Sie hat damit im Land so stark zugenommen wie im bundesweiten Durchschnitt. Im Vergleich mit den hier dargestellten westlichen Industrieländern ist diese Erhöhung der Ausgabenrelation jedoch eher moderat. Vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch im Vereinigten Königreich, ist die Quote seit 2000 weitaus stärker gestiegen.

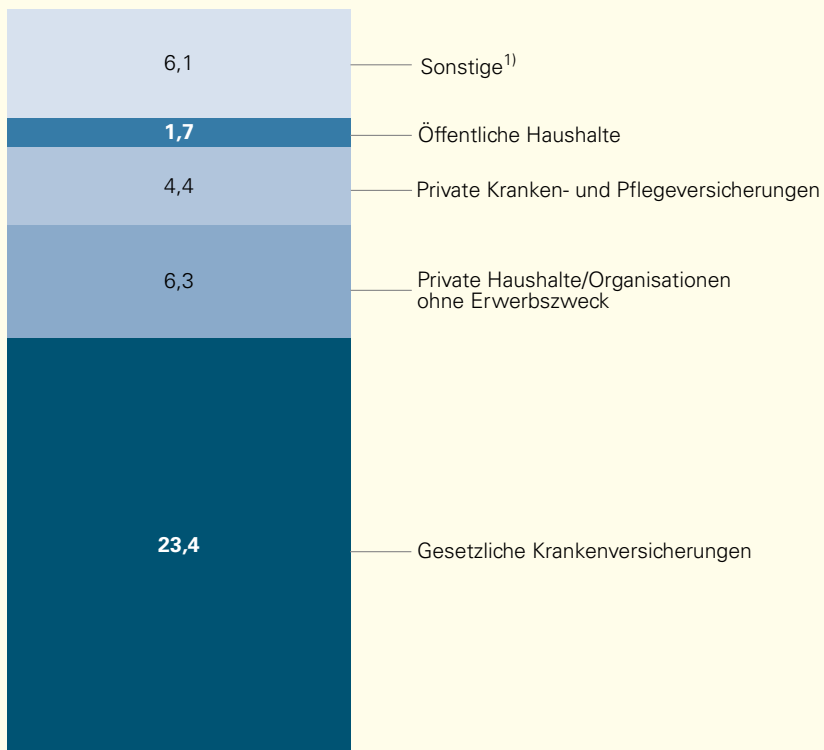
Ein Nachteil der Gesundheitsausgabenquote ist ihre starke Konjunkturreaktivität. Auch wenn man die „konjunkturbedingten“ Schwankungen der Gesundheitsausgabenquote berücksichtigt, zeigt

sich allerdings bei den meisten Ländern, dass die Gesundheitsausgaben seit 2000 stärker zugenommen haben als die Wirtschaftsleistung. Die OECD nennt als Ursachen für diese Entwicklung die Alterung der Bevölkerung und steigende Ansprüche der Bevölkerung an die Gesundheitsversorgung. Aber auch der medizinisch-technische Fortschritt spielt dabei eine Rolle. Insbesondere der zunehmende Einsatz von medizinischen Großgeräten ist mit hohen Investitionskosten verbunden.



Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg 2014 nach Ausgabenträgern

in Mrd. EUR



1) Gesetzliche Unfallversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Arbeitgeber, soziale Pflegeversicherung.

Das Ausgabenvolumen der gesetzlichen Krankenversicherungen beläuft sich auf 23,4 Mrd. Euro

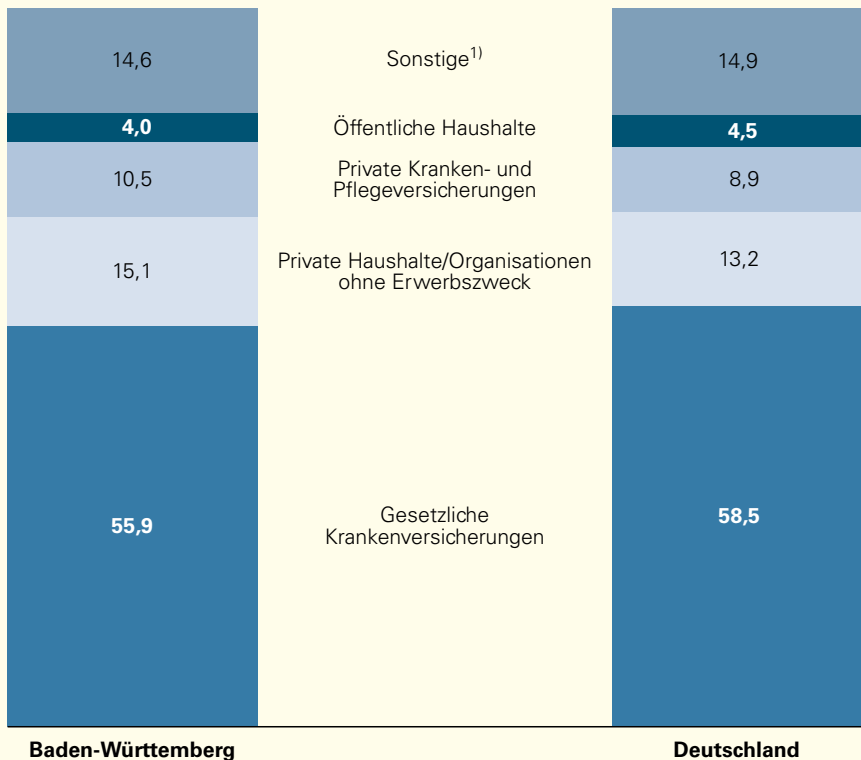
Die insgesamt getätigten knapp 41,9 Mrd. Euro an Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg werden letztendlich von den privaten Haushalten und den Unternehmen getragen. Als „Ausgabenträger“ gelten in der Gesundheitsausgabenrechnung allerdings diejenigen Institutionen, die die Gesundheitsleistungen direkt finanzieren. Die gesetzlichen Krankenversicherungen waren dabei 2014 mit einem Ausgabenvolumen von gut 23 Mrd. Euro die größte Gruppe. An zweiter Stelle standen die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (in ihrer Funktion als Ausgabenträger) wie Kirchen und Wohlfahrtsverbände. Ihre Ausgaben beliefen sich auf rund 6,3 Mrd.

Euro und überstiegen damit noch die Aufwendungen der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen in Höhe von 4,4 Mrd. Euro. Auf die öffentliche Hand entfielen knapp 1,7 Mrd. Euro an Gesundheitsausgaben. Die Gebietskörperschaften finanzieren beispielsweise Leistungen bei Krankheit und zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe, Ausgaben im Bereich der Gesundheitsverwaltung sowie Investitionen im Krankenhausbereich und in medizinischen Einrichtungen der Hochschulen.




Struktur*) der Gesundheitsausgaben 2014 in Baden-Württemberg und Deutschland nach Ausgabenträgern

Anteile in %



*) Anteil der Ausgabenträger an den gesamten Gesundheitsausgaben. – 1) Gesetzliche Unfallversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Arbeitgeber, soziale Pflegeversicherung.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ausgabenanteil der privaten Ausgabenträger bei knapp 26 %

 Zwar wurde der überwiegende Teil der Gesundheitsausgaben auch in Baden-Württemberg 2014 von den gesetzlichen Krankenversicherungen getätigt. Ihr Ausgabenanteil lag mit knapp 56 % aber unter dem Durchschnittswert für Deutschland in Höhe von über 58 %. Im Gegenzug war der Ausgabenanteil der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen im Südwesten mit gut 10 % um über anderthalb Prozentpunkte höher als der entsprechende Wert für Deutschland. Dies spiegelt die größere Bedeutung der privaten Versicherungen in Baden-Württemberg wider, was wiederum wohl auch auf das höhere Einkommensniveau und auf eine größere Bereitschaft zur privaten Krankenversicherung in

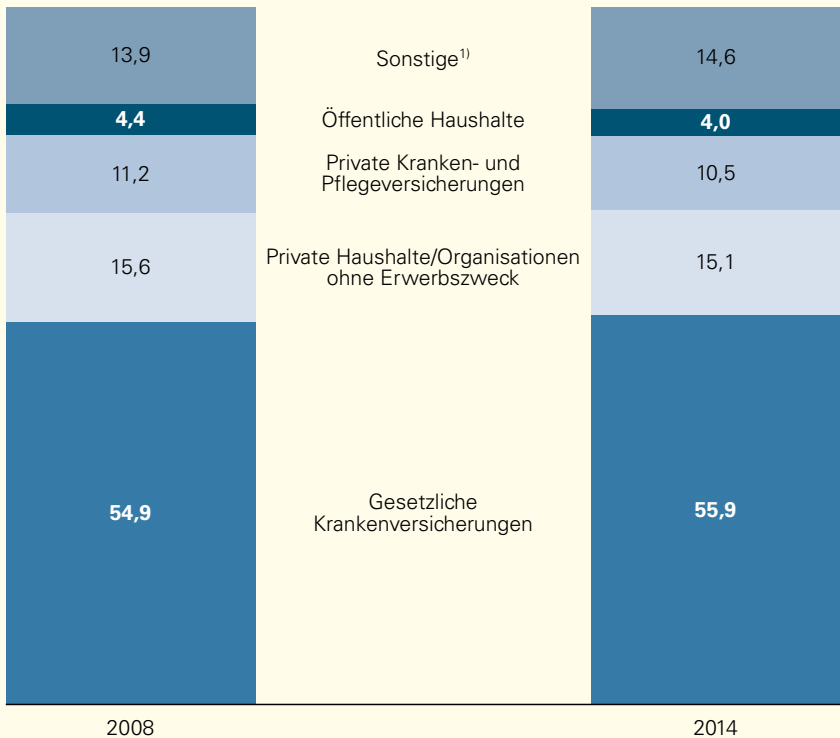
Baden-Württemberg zurückzuführen sein dürfte.

Der Anteil der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck belief sich hierzulande auf über 15 %. Dies waren rund 2 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. Zusammen betrachtet ergibt sich dementsprechend ein Ausgabenanteil der im weitesten Sinne „privaten“ Ausgabenträger (ohne Arbeitgeber) in Baden-Württemberg von knapp 26 %.



Struktur*) der Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg 2008 und 2014 nach Ausgabenträgern

Anteile in %



*) Anteil der Ausgabenträger an den gesamten Gesundheitsausgaben. – 1) Gesetzliche Unfallversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Arbeitgeber, soziale Pflegeversicherung.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ausgabenanteil der gesetzlichen Krankenversicherung nimmt leicht zu

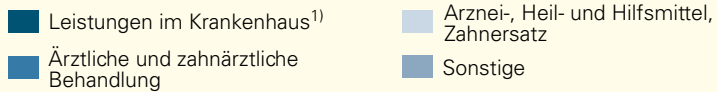
➤ Gegenüber 2008 ist der Anteil der gesetzlichen Krankenversicherung an den Gesundheitsausgaben auch in Baden-Württemberg – nach einem Rückgang bis 2012 – wieder leicht gestiegen. 2014 lag dieser um 1 Prozentpunkt höher als 2008. Auffällig stark nahmen auch die Ausgaben der Pflegeversicherung hierzulande zu, von 2008 bis 2014 erhöhte sich der Anteil von 6,0 % auf 6,9 % (im Schaubild unter „Sonstige“). Zwar erhöhten sich absolut betrachtet auch die Ausgaben der privaten Krankenversicherung, der Anteil an den Gesamtausgaben verringerte sich zwischen 2008 und 2014 jedoch um 0,7 Prozentpunkte. Private Haushalte (und Organisationen ohne Erwerbszweck) wiesen 2014 mit

15,1 % einen etwas geringeren Anteil an den Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg auf wie in 2008. Die Abschaffung der Praxisgebühr zum 01.01.2013 könnte eine Ursache dafür sein, dass sich der zwischenzeitlich hohe Anteil von 16,2 % im Jahr 2012, auf 15,4 % in 2013 reduzierte. Der Anteil der öffentlichen Haushalte verringerte sich geringfügig, ein Trend, der ebenfalls auf Bundesebene zu beobachten ist. Allerdings lag der Anteil 2014 im Südwesten mit 4,0 % relativ niedrig.

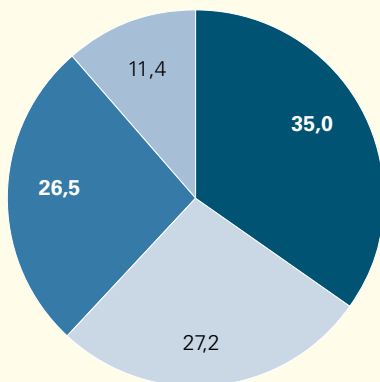


Gesetzliche Krankenkassen*): Struktur der Leistungsausgaben in Baden-Württemberg und Deutschland 2015

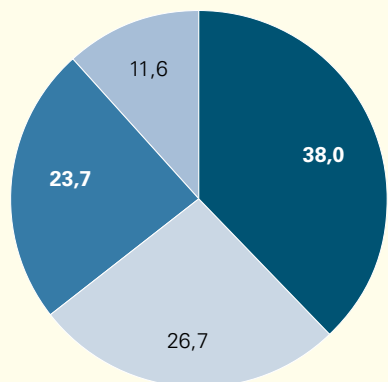
Anteile in %



Baden-Württemberg



Deutschland



*) Orts- und Betriebskrankenkassen. – 1) Ohne Leistungen zur Empfängnisverhütung, Sterilisation, stationären Entbindung.

Ein gutes Drittel der GKV-Ausgaben fließt in die Krankenhausbehandlung

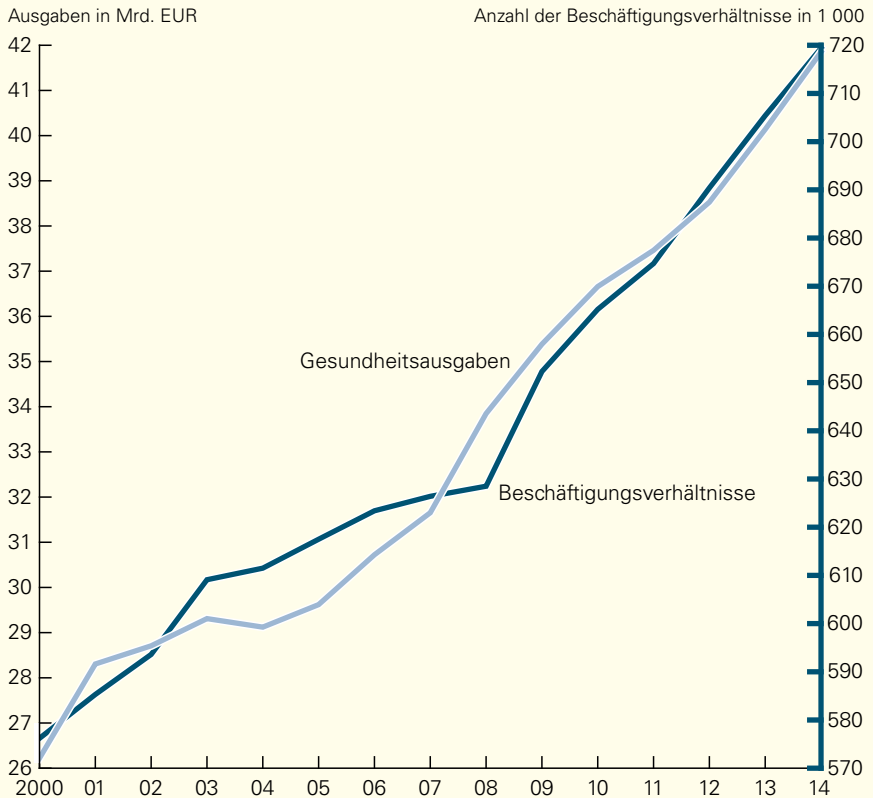
☛ Für die gesetzlichen Krankenkassen lässt sich darstellen, für welche Waren und Dienstleistungen die Leistungsausgaben getätigt werden. Dabei entfällt der größte Ausgabenblock auf die Krankenhausbehandlung. Über ein Drittel der Leistungsausgaben wird für die damit verbundenen Dienstleistungen aufgebracht. Der Anteilswert von 35 % im Jahr 2015 lag dabei um 3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. In ärztliche und zahnärztliche Leistungen flossen in Baden-Württemberg gut 26 % der Ausgaben. Damit lag der Ausgabenanteil dieser Leistungen deutlich (knapp 3 Prozentpunkte) über dem Vergleichswert für Deutschland. Die Ausgaben für Waren, also für Arznei, Heil- und

Hilfsmittel sowie für Zahnersatz, beliefen sich im Südwesten auf einen Anteil von über 27 %. Auch dieser Anteil lag damit über dem Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der „sonstigen“ Leistungsausgaben belief sich im Jahr 2015 auf gut 11 % und war damit etwas niedriger als in Deutschland insgesamt. Zu diesem Ausgabenposten zählen unter anderem Ausgaben für Reha- und Vorsorgeleistungen, Fahrkosten, Rettungswageneinsätze sowie Ausgaben für Präventions- und Früherkennungsmaßnahmen. Nicht berücksichtigt werden Einkommensleistungen wie beispielsweise das Kranken- und Mutterschaftsgeld.



Entwicklung der Gesundheitsausgaben und des Gesundheitspersonals in Baden-Württemberg 2000*) bis 2014



*) Originalwerte 2008 – 2014, Rückrechnung der Werte für 2000 – 2007 anhand früherer Veränderungsraten.

Der Gesundheitssektor in Baden-Württemberg wächst stetig

Seit 2000 sind die Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg von Jahr zu Jahr nahezu ununterbrochen gestiegen, bis 2014 insgesamt um fast 16 Mrd. Euro. Lediglich 2004 sanken die Gesundheitsausgaben gegenüber dem Vorjahr leicht. Damals war das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) in Kraft getreten, das durch höhere Zuzahlungen und die Einführung der Praxisgebühr die Selbstbeteiligung der gesetzlich versicherten Patienten erheblich erhöht hatte.

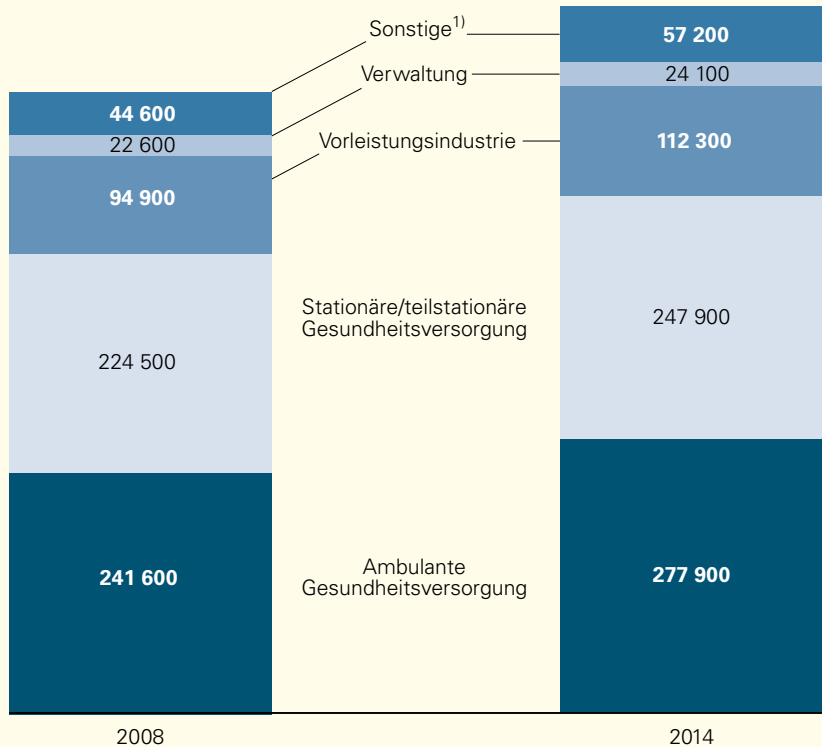
Parallel zu den Ausgaben nahmen auch die Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitssektor von 2000 bis 2014 deutlich zu. Im Jahr 2014 bestanden insgesamt rund

719 400 Beschäftigungsverhältnisse (laut Gesundheitspersonalrechnung der Länder), was einer Erhöhung von über 143 000 Arbeitsstellen seit 2000 entspricht. Dabei kann eine Person allerdings mehrere Beschäftigungsverhältnisse eingehen, sodass die Zahl der Arbeitsplätze im baden-württembergischen Gesundheitssektor etwas weniger stark gestiegen sein dürfte als die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse.



Beschäftigung im Gesundheitssektor in Baden-Württemberg 2008 und 2014 nach Einrichtungen

Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse



1) Gesundheitsschutz, Rettungsdienste, sonstige Einrichtungen.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ambulanter Bereich mit größtem Beschäftigungszuwachs im Gesundheitssektor

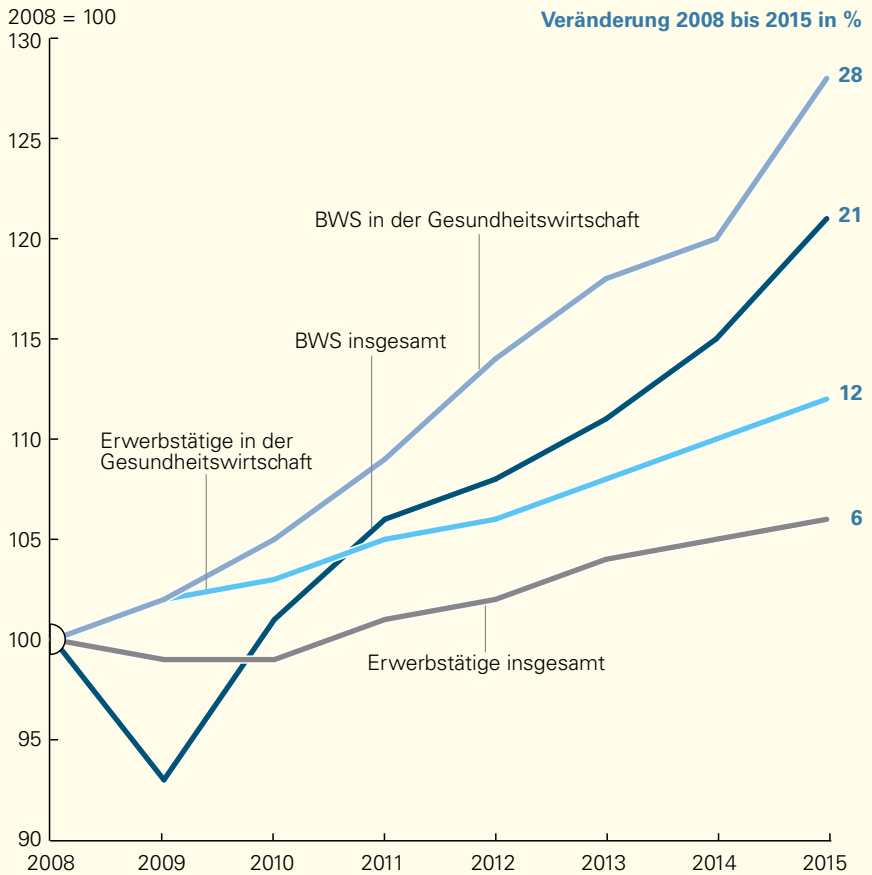
🦊 Von 2008 bis 2014 stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Gesundheitssektor in Baden-Württemberg – laut Gesundheitspersonalrechnung der Länder – um rund 90 900 an. Das entspricht einer prozentualen Zunahme von gut 14 %.

Innerhalb des Gesundheitssektors verzeichneten die Einrichtungen der ambulanten Gesundheitsversorgung mit 36 300 zusätzlichen Jobs den größten absoluten Zuwachs. In den stationären und teilstationären Einrichtungen nahm die Zahl der Arbeitsstellen mit rund 23 400 ebenfalls beachtlich zu. Um 17 400 Stellen stieg die Beschäftigung in den Vorleistungseinrichtungen (beispielsweise pharmazeutische Industrie) an. Die Beschäftigung in

der Verwaltung, die vor allem die Pflege- und Krankenversicherungen sowie Standesorganisationen umfasst, erhöhte sich um 1 500 Stellen. Die in der Kategorie „Sonstige“ zusammengefassten Bereiche Gesundheitsschutz, Rettungsdienste und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens wiesen 2014 rund 12 600 Beschäftigungsverhältnisse mehr als 2008 auf (ein Plus von 28 %). Zu den „Sonstigen Einrichtungen“ gehören Unternehmen, deren Beschäftigte einen Gesundheitsberuf, ein Gesundheitshandwerk ohne Kundenkontakt oder einen sonstigen Gesundheitsfachberuf ausüben.



Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg 2008 bis 2015



Überdurchschnittliche Entwicklung der Gesundheitswirtschaft

Die Bruttowertschöpfung und die Erwerbstätigenzahl in der Gesundheitswirtschaft i.e.S. entwickelten sich im Zeitraum 2008 bis 2015 deutlich dynamischer als die Gesamtwirtschaft und -beschäftigung in Baden-Württemberg. Dabei zeigt sich die Gesundheitswirtschaft relativ konjunkturunabhängig. Während im Krisenjahr 2009 vor allem die Bruttowertschöpfung insgesamt und in geringerem Maße auch die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr einbrachen, erhöhten sich die nominale Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen im Gesundheitsbereich weiter um 2,1 bzw. 2,0%. Trotz der nachfolgenden kräftigen konjunkturellen Erholung, wies die Gesundheitswirtschaft

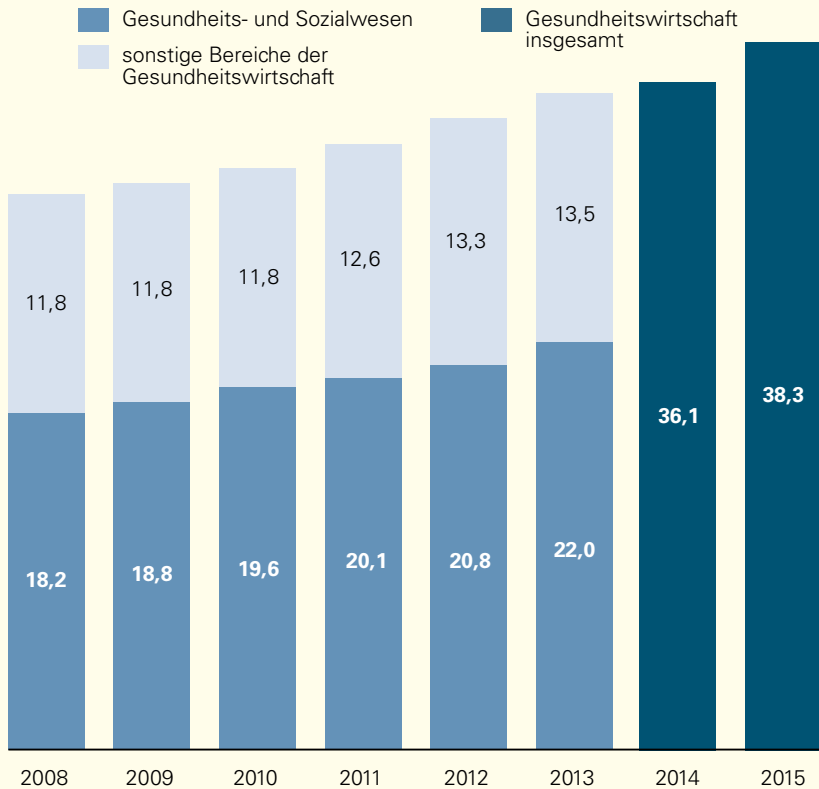
aber eine vorteilhaftere Entwicklung auf, sodass sich die Differenz der Wachstumspfade seit 2011 bis 2015 wieder deutlich vergrößerte.

Auf den gesamten Zeitraum 2008 bis 2015 bezogen, erhöhte sich die gesundheitsbezogene Bruttowertschöpfung nominal um rund 28 %, während die Gesamtwirtschaft (BWS) lediglich ein Plus von 21 % aufwies. Die Zuwachsrate der Erwerbstätigenzahl in der Gesundheitswirtschaft lag mit 12 % sogar doppelt so hoch wie die der Erwerbstätigkeit in der Gesamtwirtschaft.



Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg 2008 bis 2015*)

in Mrd. EUR



*) Für die Jahre 2014 und 2015 dürfen gemäß Freigabebestimmungen nur die Werte für die Gesundheitswirtschaft insgesamt veröffentlicht werden.

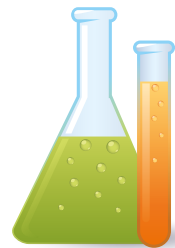
Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft bei 38,3 Mrd. Euro

Die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft Baden-Württembergs betrug im Jahr 2015 nominal rund 38,3 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil an der Gesamtwirtschaft von 9,2 %. Dieser lag damit um 0,8 Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert aller Bundesländer. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die gesundheitsbezogene Bruttowertschöpfung im Südwesten real um 3,6 % (nominal: 6,2 %) und übertraf damit deutlich den Durchschnitt aller Bundesländer (+2,3 % bzw. +4,9 %).

In Baden-Württemberg spielt die Bruttowertschöpfung im Kernbereich der Gesundheitswirtschaft, dem Gesundheits- und Sozialwesen, im Ländervergleich eine relativ

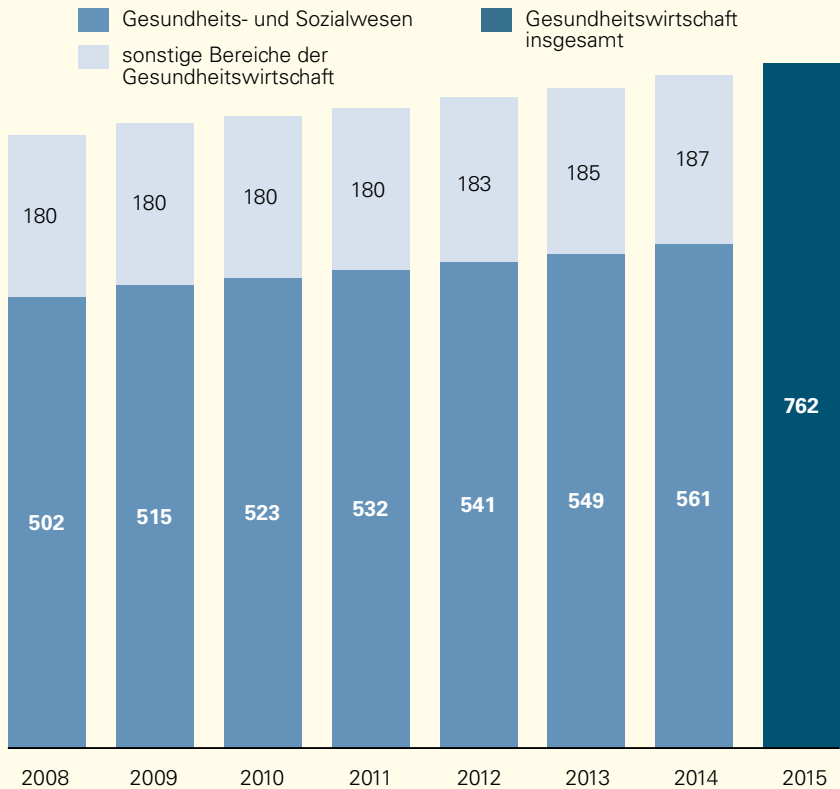
geringe Rolle. Waren 2013 hierzu-lande lediglich 61,9 % der Bruttowertschöpfung diesem Kernbereich zuzuordnen, belief sich dieser Anteil in der Summe der Länder auf immerhin 67,1 %.

Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (also die Arbeitsproduktivität) lag in der Gesundheitswirtschaft Baden-Württembergs 2015 mit rund 50 300 Euro überdurchschnittlich hoch (verglichen mit gut 48 400 Euro in der Summe der Länder). Die höchste Arbeitsproduktivität wurde mit knapp 65 300 Euro in Hessen erzielt, in Mecklenburg-Vorpommern lag sie mit gut 40 300 Euro am niedrigsten.




Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg 2008 bis 2015*)

in Tsd.



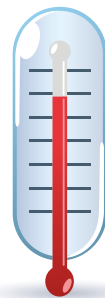
*) Für das Jahr 2015 darf gemäß Freigabebestimmungen nur der Wert für die Gesundheitswirtschaft insgesamt veröffentlicht werden.

762 000 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft Baden-Württembergs

 Im Jahr 2015 belief sich die Zahl der Erwerbstätigen in der baden-württembergischen Gesundheitswirtschaft i.e.S. – laut Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz – auf rund 762 000. Damit waren hierzulande 12,6% der knapp 6 072 000 Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Im Vergleich zu 2014 entsprach dies einem Anstieg um 1,9% bzw. rund 14 000 Erwerbstätigen. Etwa drei Viertel der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft, rund 561 000, entfielen 2014 auf den Kernbereich „Gesundheits- und Sozialwesen“. Der Rest verteilte sich auf die gesundheitsbezogenen Teilbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und des Handels sowie auf andere Wirtschaftszweige, die

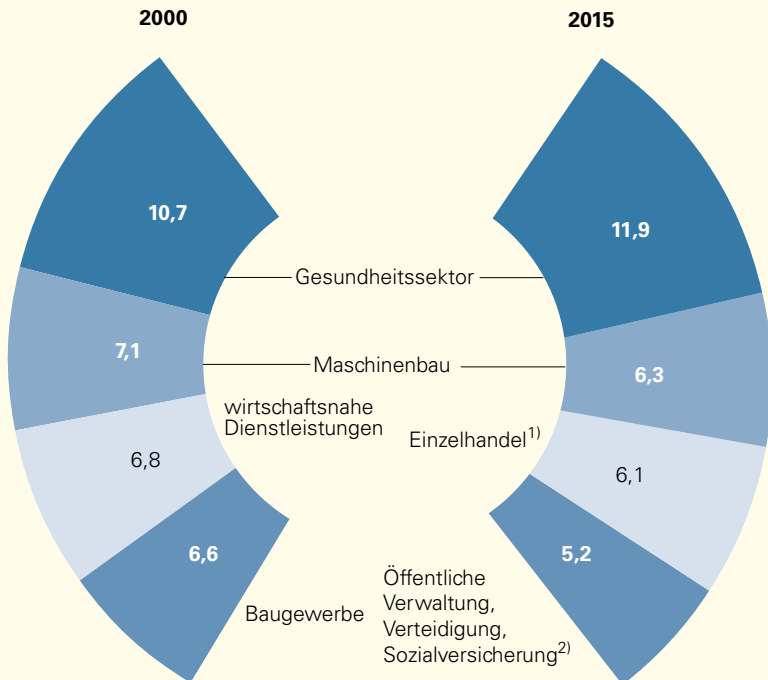
der Gesundheitswirtschaft zugeordnet werden können.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern war der Anteil der Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft hierzulande leicht unterdurchschnittlich (0,5 Prozentpunkte niedriger). Besonders hoch war der Anteil mit 15,2% in Schleswig-Holstein, am niedrigsten mit 11,8% in Bayern.



Die vier beschäftigungsstärksten*) Branchen in Baden-Württemberg 2000 und 2015

Anteile in %



*) Anteil an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg, Stichtag 30.6., eingeschränkte Vergleichbarkeit aufgrund der Revision 2014. – 1) Ohne Apotheken und medizinischen Facheinzelhandel. – 2) Einschließlich gesetzlicher Krankenversicherung und sozialer Pflegeversicherung.

Gesundheitssektor ist der beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig im Land

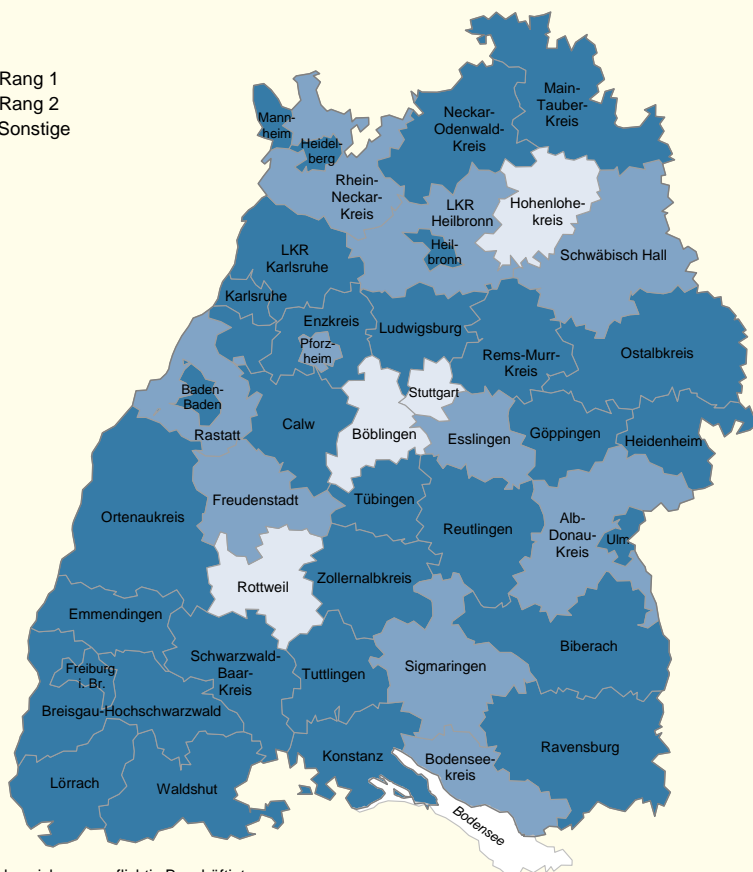
🦏 Anhand der Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lässt sich ein Branchenranking für Baden-Württemberg erstellen. Im Vergleich mit anderen Branchen wird die Bedeutung des Gesundheitssektors für die Beschäftigung im Land besonders deutlich. Sowohl im Jahr 2000 als auch 2015 war der Gesundheitssektor der mit Abstand beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig. Rund jeder achte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land ist im Gesundheitsbereich tätig. So hat sich deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung in diesem Zeitraum um mehr als 1 Prozentpunkt auf knapp 12 % erhöht. Deutlich geringer sind die Anteile, bezogen auf die Beschäftigtenzahl, in den nächstgrößten

Branchen: Auf den Einzelhandel und den Maschinenbau entfielen 2015 Beschäftigungsanteile von jeweils über 6 %. Gegenüber 2000 verringerte sich der Beschäftigungsanteil des Maschinenbaus sogar leicht. Der Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (einschließlich gesetzlicher Krankenversicherung und sozialer Pflegeversicherung) bleibt auch 2015 die viertgrößte Branche (gut 5 %), ist damit aber weniger als halb so beschäftigungsstark wie der Gesundheitssektor.



Bedeutung des Gesundheitssektors*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2015

- Rang 1
- Rang 2
- Sonstige




*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Stichtag: 30.06.2015.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH, Karte erstellt mit RegioGraph 2015

31-31-16-14S

In den meisten Kreisen ist der Gesundheitssektor die größte Branche

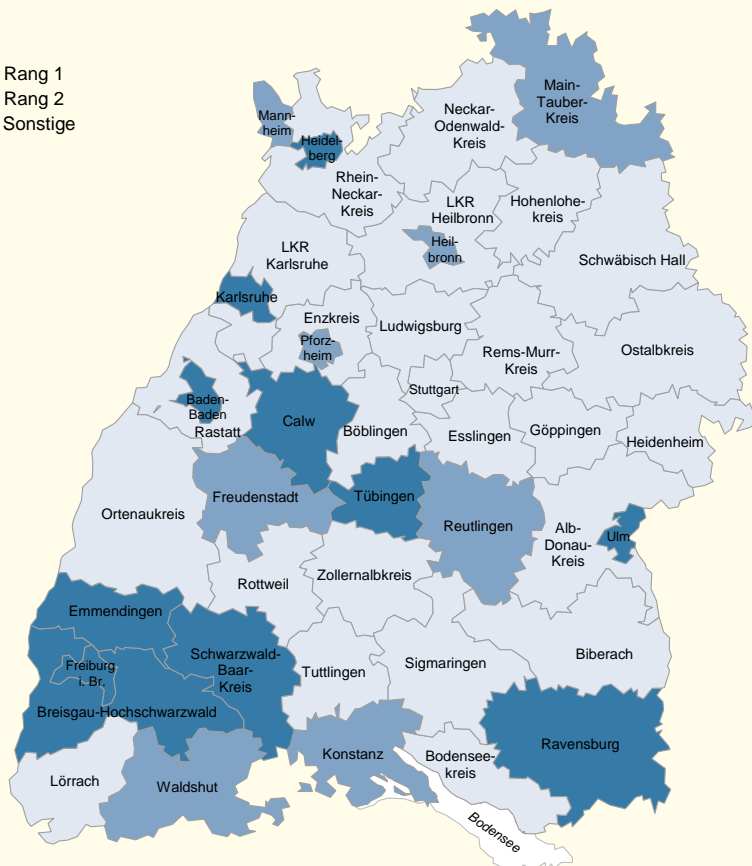
 In Baden-Württemberg ist der Gesundheitsbereich – gemessen am Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt – der stärkste Wirtschaftszweig. Das gilt auch für mehr als zwei Drittel aller baden-württembergischen Stadt- und Landkreise. In den meisten übrigen Kreisen belegt der Gesundheitssektor, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, den zweiten Rang. Nur in vier der 44 Kreise des Landes war im Jahr 2015 die Gesundheitsbranche nicht auf einem der beiden vorderen Plätze vertreten. Dabei handelt es sich um die Landkreise Böblingen, Rottweil und den Hohenlohekreis sowie um den Stadtkreis Stuttgart. In den Kreisen Böblingen und Stuttgart stellte der Fahrzeugbau

die beschäftigungsstärkste Branche dar, auf Rang 2 folgten unternehmensnahe Dienstleister. Im Kreis Rottweil lag bei den Herstellern von Metallerzeugnissen sowie beim Maschinenbau die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am höchsten. Im Hohenlohekreis waren es die Branchen des Großhandels (ohne gesundheitsbezogener Großhandel) und der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, die die größte Beschäftigung aufwiesen.



Bedeutung des Gesundheitswesens*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2015

- Rang 1
- Rang 2
- Sonstige



*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Stichtag: 30.06.2015.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH, Karte erstellt mit RegioGraph 2015

31-31-16-13S

Gesundheitswesen in vielen Kreisen das Rückgrat des Gesundheitssektors

Das Gesundheitswesen ist der Kernbereich des Gesundheitssektors. Es umfasst die stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung (ohne Pflegeeinrichtungen sowie ohne Apotheken und andere gesundheitsbezogene Einzelhandelsbranchen). Es stellt knapp drei Fünftel der Beschäftigung im Gesundheitssektor. Zudem ist auch das Gesundheitswesen für sich genommen – gemessen an der gesamten Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – der beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg, noch vor dem Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz). Dies wird insbesondere in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Ulm sowie im Landkreis Tü-

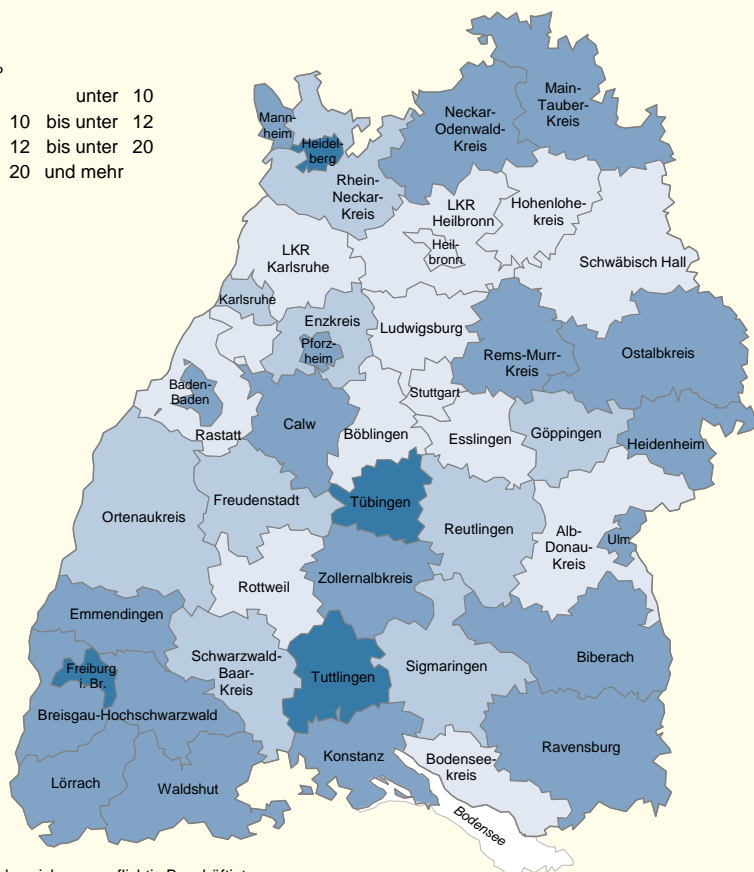
bingen mit den Universitätskliniken deutlich. Aber nicht nur dort spielt das Gesundheitswesen eine wichtige Rolle. In einigen weniger industriell geprägten Landkreisen – vor allem im Süden des Landes – belegt es bei der Beschäftigung ebenfalls den ersten Platz unter den regionalen Branchen. Das sind vor allem Regionen, in denen das Kurwesen eine lange Tradition hat oder die touristisch besonders attraktiv sind.



Beschäftigungsanteile des Gesundheitssektors*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2015

in %

- unter 10
- 10 bis unter 12
- 12 bis unter 20
- 20 und mehr



*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Stichtag: 30.06.2015.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH, Karte erstellt mit RegioGraph 2015

31-31-16-15S

Unterschiedliche Beschäftigungsanteile des Gesundheitssektors in den Stadt- und Landkreisen

Obgleich die Rangordnung der Beschäftigtenzahl die Bedeutung des Gesundheitssektors in den jeweiligen Landkreisen bereits herausstellt, lohnt es dennoch, auch die Anteilswerte des Gesundheitssektors an der Gesamtbeschäftigung in den einzelnen Stadt- und Landkreisen näher zu betrachten, um die Bedeutung dieses Sektors als regionaler Wirtschaftsfaktor zu unterstreichen. Die Unterschiede sind beachtlich.


Während in Baden-Württemberg insgesamt der Beschäftigungsanteil des Gesundheitssektors bei knapp 12 % liegt, ist dagegen in den Landkreisen Tuttlingen und Tübingen sowie im Stadtkreis Heidelberg bereits jeder vierte Beschäf-

tigte dem Gesundheitssektor zuzuordnen, im Stadtkreis Freiburg im Breisgau noch jeder Fünfte. Dominiert im Kreis Tuttlingen die Gesundheitsindustrie, sind es im Kreis Tübingen und den Städten Heidelberg und Freiburg im Breisgau die Universitätskliniken. Im Landkreis Ludwigsburg und im Stadtkreis Heilbronn stellt der Gesundheitssektor zwar ebenfalls den stärksten Wirtschaftszweig bezogen auf die Beschäftigung dar, allerdings liegen die Anteile an der Gesamtbeschäftigung unterdurchschnittlich niedrig mit 8,4 % bzw. 9,8%. Dies könnte auf eine stärkere Diversifikation der Wirtschaft in diesen Kreisen hinweisen.




Erläuterungen

Gesundheitssektor/ Gesundheitswirtschaft

 Die Gesundheitsausgaben fließen den Anbietern und Produzenten von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen zu. Diese Unternehmen und Einrichtungen bilden nach dem Konzept der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnung (das von der OECD entwickelt, sowie auf Bundesebene und auf Länderebene übernommen wurde), den Gesundheitssektor einer Volkswirtschaft. Der Gesundheitssektor wird dabei nach Einrichtungskategorien strukturiert, die sich an der Nachfrage nach den verschiedenen Arten gesundheitsbezogener Waren und Dienstleistungen orientieren. Diese nachfragebezo-

gene Abgrenzung ist von der, in der Wirtschaftsstatistik üblichen, produktionsorientierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (NACE bzw. WZ 2008) zu unterscheiden. Der Wertschöpfungs- und Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) der AG GGRdL verwendet diese Klassifikation. Die Einrichtungskategorien des nachfragebezogenen Ansatzes sind bei tiefer Differenzierung zwar weitgehend kompatibel mit der Klassifikation der Wirtschaftszweige. Zur besseren Unterscheidung wird im Text jedoch, sofern die verwendeten Werte aus der Gesundheitsausgaben- und Personalrechnung stammen, vom „Gesundheitssektor“ gesprochen, im anderen Fall von der „Gesundheitswirtschaft i.e.S. (im engeren Sinn)“.


Gesundheitswesen

 Das Gesundheitswesen bildet den Kern des Gesundheitssektors. Es umfasst die Anbieter von Dienstleistungen in der stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung. Dazu gehören Krankenhäuser (einschließlich Hochschulkliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), niedergelassene Ärzte und Zahnärzte sowie die Praxen nichtärztlicher Anbieter von medizinischen Leistungen.

In der Wirtschaftsstatistik wird das Gesundheitswesen (ohne die Pflegeeinrichtungen) im Rahmen der Klassifikation der Wirtschaftszweige vollständig durch einen einzelnen Wirtschaftszweig abgebildet. Dagegen umfasst der Gesundheits-


sektor – wie auch die Gesundheitswirtschaft im engeren Sinn – als klassische Querschnittsbranche neben dem Gesundheitswesen noch eine Vielzahl weiterer Wirtschaftszweige. Aus dem Einzelhandel werden bspw. Apotheken, der medizinische Einzelhandel sowie die Augenoptiker dem Gesundheitssektor zugerechnet. Der Großhandel weist mit dem Pharmagroßhandel ebenfalls gesundheitsbezogene Sparten auf, und die Industrie ist vor allem mit der Pharmaindustrie und Medizintechnik im Gesundheitssektor vertreten. Von Gesundheitswesen (als eigenständigem Wirtschaftszweig) ist in dieser Broschüre nur im Rahmen der Landkreisbetrachtung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Rede.

Gesundheitsausgaben

 Die gesamten Gesundheitsausgaben, basierend auf den Methoden der GGRdL, setzen sich aus den laufenden Gesundheitsausgaben und aus den Investitionen zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zusammen. Die laufenden Gesundheitsausgaben sind dabei alle Ausgaben, die in einer Region zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit der Bevölkerung getätigt werden. Dabei werden nur Ausgaben für den gesundheitsbezogenen Endverbrauch erfasst. Ausgaben für Vorleistungsprodukte werden nur implizit, also in dem Maße, wie sie sich in den Preisen für die Endprodukte niederschlagen, berücksichtigt.


Gesundheitsausgaben werden letztlich von den privaten Haushalten und den Arbeitgebern getragen. Erfasst werden die Gesundheitsausgaben jedoch größtenteils bei den Institutionen, die gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen finanzieren. Als Ausgabenträger gelten deshalb nicht nur private Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) und Arbeitgeber, sondern auch die gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherungen sowie – in dem Umfang, in dem sie Ausgaben für den gesundheitsbezogenen Endverbrauch vornehmen – die gesetzliche Renten- und Unfallversicherung sowie die öffentlichen Haushalte.

Gesundheitspersonal

 Das Gesundheitspersonal wird auf Basis der Methoden der Gesundheitspersonalrechnung der Länder (GPRdL) dargestellt. Die Beschäftigtenzahl ergibt sich aus allen im Gesundheitssektor tätigen Personen, unabhängig vom ausgeübten Beruf. Da es sich dabei um Beschäftigungsverhältnisse handelt, werden Beschäftigte, die mehrere Arbeitsstellen im Gesundheitssektor innehaben, auch mehrfach gezählt. Zu dem so definierten Gesundheitspersonal zählen Arbeitnehmer, Selbstständige, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige und fachfremdes Personal. Neben den ausschließlich geringfügig Beschäftigten werden auch im Nebenjob geringfügig entlohnte Beschäftigte berücksichtigt. Nicht

ausgewiesen werden ehrenamtlich Tätige. Der Gesundheitssektor wird dabei in verschiedene Einrichtungen unterteilt. In dieser Broschüre sind dies ambulante Einrichtungen, stationäre und teilstationäre Einrichtungen, Verwaltung, Vorleistungseinrichtungen sowie Sonstige Einrichtungen. Letztere beinhalten den öffentlichen Gesundheitsschutz, Rettungsdienste sowie Beschäftigte, die einen Gesundheitsdienstberuf, ein Gesundheitshandwerk ohne Kundenkontakt oder einen sonst nicht definierten Gesundheitsfachberuf ausüben. Die in der Gesundheitspersonalrechnung ermittelte Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist dabei von der im Wertschöpfungs- und Erwerbstätigen-Ansatz errechneten Zahl der Erwerbstätigen zu unterscheiden.

Bruttowertschöpfung/ Erwerbstätige

 Mithilfe des Wertschöpfungs- und Erwerbstätigen-Ansatzes (WSE) der AG GGRdL ist es möglich, die Bruttowertschöpfung (BWS) sowie die Anzahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft im engeren Sinn eines jeden Bundeslandes zu ermitteln. Neben dem Kernbereich Gesundheits- und Sozialwesen (Bereich „Q“ nach WZ-Klassifikation 2008) werden dabei weitere Wirtschaftsbereiche aus dem Dienstleistungsbereich, aber auch aus dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Handel der Gesundheitswirtschaft zugeordnet. Insgesamt setzt sich diese derzeit aus 37 Wirtschaftszweigen zusammen und entspricht damit größtenteils dem „Gesundheitssektor“, wie

er in der Ausgabenrechnung (GAR) und der Personalrechnung (GPR) definiert ist. Die im WSE ermittelte Anzahl der Erwerbstätigen hat zwar einen ähnlichen Aussagegehalt wie das in der GPR ermittelte „Gesundheitspersonal“, allerdings bietet die Erwerbstätigenzahl eine deutlich höhere Vergleichbarkeit mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Außerdem werden Doppelzählungen vermieden, da die GPR Beschäftigungsverhältnisse ermittelt und somit auch Beschäftigte, die mehrere Jobs innehaben, berücksichtigt. Im Erwerbstätigenkonzept wird dagegen nur die Haupttätigkeit erfasst. Die ermittelte BWS der Gesundheitswirtschaft zeigt das wirtschaftliche Potenzial des Gesundheitsbereichs auf und bildet damit einen Gegenpol zur Kostenbetrachtung der GAR.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

